

Roter *„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“* Karl Marx **Brandenburger**

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

1-2021



Bilanz „Coronajahr“ 2020: **Armut wächst – Reichtum auch**

Im Namen des Gesundheitsschutzes treiben Bundesregierung und Superreiche die Umverteilung von unten nach oben voran.

Seit einem Jahr behauptet die Bundesregierung, eine Politik zum Schutz der Gesundheit zu betreiben und ordnet weite Teile des gesellschaftlichen Lebens den neuesten Trends bei Neuninfektionen bzw. Inzidenzwerten unter. Ein anderer Trend im „Coronajahr“ 2020 scheint Merkel, Scholz & Co. allerdings nicht zu interessieren: Die (Super-)Reichen sind reicher und die arbeitende Bevölkerung ist ärmer geworden.

Während einer Vielzahl armer Menschen im letzten Jahr aufgrund der zwischenzeitlichen Schließung der Essenstafeln in Deutschland Hunger drohte, war der Tisch für die Superreichen reichlich gedeckt: Ihre Vermögen sind 2020 von 400 auf 600 Mrd. Euro gestiegen. Gleichzeitig

mussten 40 % der Erwerbstätigen Lohneinbußen hinnehmen. Und trotz eines Rekordwerts von über 12 Mio. Arbeitern und Angestellten in Kurzarbeit 2020 ist die Erwerbslosigkeit Anfang 2021 um über eine halbe Million gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Insbesondere junge Menschen sind dabei Leidtragende des wachsenden Ausbildungsplatzmangels. So sank erstmals in der BRD die Zahl der Ausbildungsverträge unter 500.000 auf 467.500. In Städten wie Potsdam übersteigt das Angebot der Bewerber das der angebotenen Ausbildungsplätze.

Unsinn mit (Profit-)Logik

Ständig neue Verordnungen ohne parlamentarische Beschlusslage, blamieren sich fast täglich vor der

→ Fortsetzung Seite 2



CO₂-Preis
Sozial
ungerecht!

Seit dem 1. Januar 2021 wird auf CO₂ ein Preis von 25 Euro pro Tonne netto erhoben. Da es sich nicht um eine Steuer, sondern um eine Bepreisung handelt, kommen noch 19 % Mehrwertsteuer oben drauf. Der CO₂-Preis beträgt also brutto 29,75 Euro. Im Zuge der CO₂-Bepreisung können die Bürger sich nun auf enorme Preissteigerungen einstellen, die in den nächsten Jahren rasant zunehmen werden. Denn 2025 soll der CO₂-Preis bei 55 Euro pro Tonne netto liegen.

Doch schon in diesem Jahr wird der Großteil der arbeitenden Bevölkerung die Auswirkungen zu spüren bekommen: Beim Erdgas ist mit Mehrkosten von 65 – 80 Euro in diesem Jahr zu rechnen. 2025 werden es etwa 140 Euro sein. Beim Heizöl sind es 85 – 100 Euro bzw. 185 Euro 2025. Eine Erhöhung des Wohngelds soll die CO₂-Bepreisung sozial gerecht gestalten. Doch Fakt ist: In Brandenburg erhielten 2019 nur 1,6 % der Haushalte Wohngeld. Diese Haushalte können mit einer durchschnittlichen Erhöhung des Wohngeldes von 15 Euro rechnen. Die Erhöhung der Heizkosten gleicht dies also lange nicht aus. Besonders schwer trifft dies Rentner, denn sie sind die größte Gruppe der Wohngeldempfänger. Und nicht zuletzt: Auch die Senkung der Stromkosten durch die EEG Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz) dürfte kaum beim Verbraucher ankommen. ■ sk



Vereinigungs- parteitag SPD und KPD

Die deutsche Arbeiterbewegung war 1945/1946 mit einer durch den Krieg zur Durchsetzung der Herrschaftsansprüche des deutschen Imperialismus zerstörten Gesellschaft konfrontiert. Millionen Tote, zerstörte Natur, menschliches Leid und Perspektivlosigkeit kennzeichneten die Lage.

Die Vertreter des Kapitals schritten sofort zur Tat, um das kapitalistische Eigentum als Grundlage für Profit und Macht und die dazu notwendigen macht-politischen und geistigen Verhältnisse zu sichern. Dazu mobilisierten auch jene Kräfte, die seit jeher darauf abzielten, die Einheit der Arbeiterbewegung zu zerstören. Es ist das Verdienst der klassenbewussten Kräfte der Arbeiterbewegung, in dieser Situation die Alternative in Gestalt der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse aufgezeigt zu haben.

Mit dem Vereinigungsparteitag zwischen KPD und SPD zur SED am 21. Und 22. April 1946 erfolgte die Schaffung der notwendigen Organisation und die Erarbeitung eines einheitlichen und wissenschaftlich begründeten Programms des Kampfes für ein einheitliches und demokratisches Deutschland, das, in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Völker nach dem furchtbaren Folgen des zweiten Weltkrieges, friedlichen Aufbau im Inneren und gleichberechtigte Zusammenarbeit nach außen anstreben sollte. Das fand seinen Niederschlag in dem Dokument „Grundsätze und Ziele der SED“, die Anregungen auch für heute enthalten. ■ Anton Latzo

→ Fortsetzung von Seite 1

Realität: Schüler, die den ganzen Tag in zu kleinen Klassenzimmern aufeinander hocken, müssen auf dem Pausenhof im Freien einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Beschäftigte in Pflegeheimen werden ohne ärztliche Diagnose oder auch nur positive Testergebnisse in Quarantäne geschickt und dürfen nicht mal einkaufen gehen – aber arbeiten müssen sie. Doch dieser bürokratische Unsinn erzeugt am Ende doch systematisch wie ein Uhrwerk Gewinner und Verlierer: Die Gewinner reichen vom CDU-Abgeordneten, der sich beim Verkauf von Mundschutzen schmiegen ließ, über die IT-, Pharma- und Handelskonzerne wie Microsoft, Pfizer, Amazon oder die Schwarzgruppe (Lidl) in Deutschland mit ihren Rekordprofiten im letzten Jahr. Die Gewinner sind eine handvoll Superreiche, die mittels Banken und Finanzunternehmen dafür sorgen, dass der von ihnen angeeignete (nicht erarbeitete) Reichtum der Gesellschaft, nicht investiert wird, um Arbeitsplätze und wachsenden Wohlstand zu schaffen, sondern den anhaltenden Anstieg ihrer Profite zu sichern. Auf der anderen Seite steht die wachsende Mehrheit der Verlierer: Die Rentner, auf die 2021 eine Nullrunde wartet; die Kinder aus Familien arbeitender Menschen, denen mehrere Monate faktisch das Recht auf Bildung verweigert wurde; der Großteil der Bevölkerung, der die Politik der sogenannten Lockdowns bezahlen musste mit eingeschränkter medizinischer Vorsorge,

geschlossenen Schwimmbädern, Gemeindezentren, Bibliotheken und viele anderen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Märchen „Gesundheitsschutz“

Auch nach einem Jahr wird die Bundesregierung nicht müde, das Märchen des Gesundheitsschutzes zu erzählen im Zuge der Coronavirusbekämpfung. Fakt ist: Ausgerechnet im „Coronajahr“ 2020 mussten 20 Krankenhäuser bundesweit schließen – darunter auch das Krankenhaus Kloster Lehnin in Potsdam-Mittelmark. Die Gründe sind überall die gleichen: Die Kliniken würden sich nicht mehr rechnen – als wenn es bei einem Krankenhaus darum gehen müsste, Gewinne zu erzielen. Die Folgen: Insbesondere in der Fläche entfallen wichtige medizinische Leistungen wie die Geburtenhilfe, mit denen dank Fallpauschalensystem nicht genug zu verdienen ist. Diese Krankenhausschließungen bezuschusst (!) die Bundesregierung bis heute aus ihrem Krankenhausstrukturfond – auf Empfehlung der Nationalakademie Leopoldina, die die Bundesregierung bei der gesamten Coronapolitik beraten hat. Wenn gleichzeitig die Bundesregierung im Windschatten von Corona weiter aufrüstet und Deutschland zum Aufmarschgebiet gegen Russland macht, müsste auch dem letzten klar werden: Dieser Regierung geht es nicht um den Schutz des Lebens – geschweige denn den Schutz der arbeitenden Menschen. Den müssen wir selbst organisieren gegen diese Regierung. ■ *Männer Grüß*

Spendet für den DKP-Bundestagswahlkampf!

Im Gegensatz zu den etablierten Parteien erhält die DKP keinerlei Wahlkampfkostenerstattung aus Steuergeldern. Aber auch unsere Wahlkämpfe, die ehrenamtlich bestritten werden, kosten Geld. **Jede Spende zählt: auch als Zeichen der Solidarität!**

Kontoverbindung: DKP Brandenburg
IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20
Stichwort: Bundestagswahl 2020





Krankenhausprivatisierung hinter verschlossenen Türen

In einer Nacht-und-Nebel-Sitzung hat der Kreistag Oberspreewald-Lausitz Ende letzten Jahres die Mehrheitsanteile an den Krankenhauskonzern Sana Kliniken AG verkauft.

Mit allen Mitteln haben die kommunalen Entscheidungsträger darauf hingearbeitet, den Verkauf öffentlichen Eigentums in Form des Klinikums Niederlausitz durchzusetzen – gegen den Willen der Beschäftigten, der Chefarzte, der Bürgerinnen und Bürger der Niederlausitz und die Proteste von ver.di und der Partei DIE LINKE. Damit trägt die Mehrheit der Abgeordneten im Kreistag Oberspreewald-Lausitz die Verantwortung dafür, dass Gesundheitsversorgung in der Region unmittelbar Profitinteressen untergeordnet wird.

Es begann mit einer Täuschung: Im Vorfeld der Kreistagssitzung hieß es von Seiten der Politik, dass man mehrere mögliche Anteilseigner prüfe, aber auf keinen Fall die Mehrheit der Anteile am Klinikum veräußern würde. Als sich trotzdem Protest formierte, verwies Landrat Siegurd Heinze auf das generelle Versammlungsverbot, das laut Brandenburger Corona-Verordnung (ohne Parlamentsbeschluss) Ende Dezember

im Landkreis galt. Und um nicht im Rampenlicht zu verstehen, wurde die Kreistagssitzung am 17. Dezember schlussendlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Herausgekommen ist, dass nun 51 % des Klinikums an die Münchener Sana Kliniken AG verkauft wurden.

Offen gab Krankenhauskonzern dabei zu, dass es ihm dabei auch darum geht, durch die Mehrheitsanteile maßgeblich Einfluss zu nehmen auf die Entwicklung des Klinikums. Wie das aussieht, zeigen sich z.B. bei den Sana Kliniken Ostholstein, in denen ein chronischer Personalmangel vorherrschte, den Betriebsräte und Ärzte in Offenen Briefen anprangerten. Berichtet wurde von Ärzten, die zwei Stellen ausfüllen müssen, oder einer Pflegekraft für 40 Patienten auf einer Station.

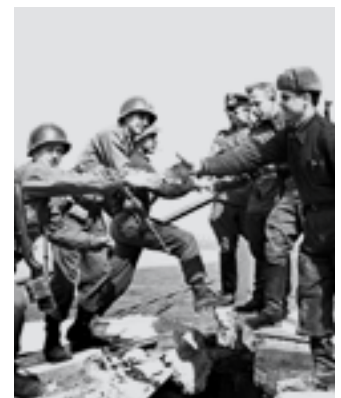
Klinikum Niederlausitz in Bürgerhand!

Richtig ist, dass die Bürger des Landkreises durch den Teilverkauf Einfluss darauf verlieren, wie ihre Gesundheitsversorgung gesichert wird. Richtig ist aber auch, dass das Klinikum bereits zuvor durch die private Unternehmensform als GmbH mit dem Ziel der Gewinnerzielung geführt wurde und sich der unmittelbaren demokratischen Kontrolle entzog. In diesem Sinne fordert die DKP-Landesorganisation Brandenburg eine Rücknahme des Verkaufs der Mehrheitsanteile – und eine Überführung des Klinikums Niederlausitz in einen kommunalen Eigenbetrieb. Krankenhäuser und andere Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge haben den Auftrag, die Bevölkerung zu versorgen – nicht Profite zu erzielen. ■ Gisela Vierrath

Auf nach Torgau – Frieden mit Russland und China!

Am 25. April 1945 begegneten sich im sächsischen Torgau erstmals US-amerikanische und sowjetische Soldaten während des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden. Diese Begegnung am Elbetag ist nicht nur ein Symbol für die Befreiung vom deutschen Faschismus.

Das gemeinsame Bekenntnis US-amerikanischer und sowjetischer Soldaten zu Frieden und Völkerfreundschaft ist heute aktueller denn je – erst Recht in Zeiten, in denen die Bundesregierung im NATO-Rahmen für einen neuen Krieg mobilisiert gegen Russland und China. Um sich diesem Kriegstreiben entgegenzustellen, versammeln sich Friedensaktivisten am 24. April 2021 um 12.00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer in Torgau. ■



DKP

Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand: Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hart-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland. Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben - in ihren Stadtteilen und Gemeinden - in der DKP. Mach mit! ■

 **Den Roten Brandenburger**
● per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an:
info@dkpbrandenburg.de

Impressum & Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: info@dkpbrandenburg.de
V.i.S.d.P.: W. Richter · c/o DKP Brandenburg · Carl-Reichstein-Straße 2 · 14770 Brandenburg

»Zu sagen was ist, heißt die revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg



unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

DKP-Kandidatur zur Bundestagswahl jetzt unterstützen!



1. Frieden mit Russland und China.
 2. Kampf um jeden Arbeitsplatz.
 3. Öffentliche Daseinsvorsorge in Bürgerhand.
- Die Superreichen sollen zahlen!**

Dafür tritt die DKP zur Bundestagswahl 2021 an. Dafür müssen wir über 2.000 Unterstützungsunterschriften ab Mitte September sammeln. Und dafür brauchen wir die Hilfe aller, die mit den anhaltenden Angriffen gegen die arbeitenden Menschen und der NATO-Kriegspolitik nicht einverstanden sind.

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: info@dkpbrandenburg.de

Ich möchte:

- Unterschriftenlisten für die Bundestagswahlkandidatur der DKP zugeschickt bekommen.
- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Mehr über die DKP und ihre Kandidatur bei den Bundestagswahlen erfahren.
- Für die DKP im Bundestagswahlkampf aktiv werden.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mailadresse

